

Die soziale Marktwirtschaft – ein europäischer konzeptioneller Ansatz für eine globale Vision des 21. Jahrhunderts

Prof. Ing. Lubomír Mlčoch, CSc. (Univerzita Karlova)

1. Kapitalismus mit und ohne Attribute

Vor 50 Jahren war ich in Prag Student der politischen Ökonomie, die auf Karl Marx gründete – eine andere gab es nicht. Der Kapitalismus (im 2. Studienjahr) wurde uns als System in seiner imperialistischen Phase vorgestellt, vorherbestimmt zur Niederlage im Wirtschaftskampf mit dem „Sozialismus“ (3. Studienjahr). Realität und Ideologie wichen deutlich voneinander ab. Nach einem Witz aus dieser Zeit stand der Kapitalismus am Abgrund und schaute nach unten – auf den Sozialismus, der schon am Boden lag. Bereits als Absolvent habe ich nach der Niederschlagung des Prager Frühlings das Ende der Hoffnung auf Reformen erlebt – auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Während der zwanzigjährigen Phase der Normalisierung konnten wir die „soziale Marktwirtschaft“ im benachbarten Deutschland und Österreich nur über Grenzzäune beobachten. Doch auch dieser eingeschränkte Blick reichte laut Dozent Ota Turek für eine „Beteiligung der Ökonomie am Fall des Kommunismus“. Die soziale Marktwirtschaft schien nicht nur ökonomisch effektiver und so am Ende auch sozial empfindsamer zu sein als der deklarierte Sozialismus, der sich bemühte, Kapital und Privateigentum mit den Wurzeln auszureißen, sondern sie war auch.

Nach 1989 war es endlich möglich zu studieren, wie die ideologischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft bei unseren südlichen und westlichen Nachbarn aussehen, und nun war auch die Freiheit da, die Gesellschaft und die Wirtschaft nach diesen bewährten Mustern umzuwandeln. Die Ideologen und hernach die Steuermänner der tschechischen Transformation nahmen ein überraschendes Manöver vor: zunächst sprach man gar nicht von der Notwendigkeit den Sozialismus zu verlassen. Dann erschien eine dichotomische Konzeption – „von einem Extrem ins andere“: wir wollen einen Kapitalismus ohne Attribute! Die soziale Marktwirtschaft wurde in Tschechien von den Anführern der politischen „Rechten“ als „dritter Weg, der in die dritte Welt führt“ be-

zeichnet. Meine Generation spaltete sich auf. Ich gehörte zu denen, die sich der „Theorie“ widmeten, die Mehrheit ging in die Politik, also in die „Praxis“. In den Vorlesungen des Kurses kooperativer ökonomischer Systeme sprach ich meine Verwunderung darüber aus, wie es möglich sein kann, die deutsche Marktwirtschaft und den „realen Sozialismus“ in „einen Topf zu werfen“, als gäbe es keinen Unterschied zwischen der BRD und der DDR! (Eine weitere Überraschung – freilich mit der ersten zusammenhängend – erlebte ich, als ich zwischen den Erbauern des „Kapitalismus ohne Attribute“ auch viele erkannte, die noch kurz zuvor – zumindest nach außen hin – ostentativ den „realen Sozialismus“ verteidigt hatten.)

Verdienstvolle Aufklärungsarbeit leistete in dieser Zeit bei uns die Konrad–Adenauer–Stiftung, die durch Übersetzungen Erkenntnisse über die Prinzipien, auf denen die soziale Marktwirtschaft beruht, vermittelte. Und in dieser Bildungstätigkeit fährt sie bis heute fort (*siehe Lexikon R. H. Hasse, H. Schneider und K. Weigelt aus dem Jahre 2008 und das unlängst erschienene Dokument von Siegfried F. Franke und David Gregosz, „Soziale Marktwirtschaft – Was bedeutet dies?“, auf Tschechisch im Jahre 2013 erschienen*). In christlichen Kreisen initiierte die Tschechische christliche Akademie unter dem Titel „Ordo socialis“ die Herausgabe einer Reihe von Broschüren mit Übersetzungen führender deutscher Autoren (*siehe Joseph Kardinal Höffner, Anton Rauscher, Manfred Spieker und weitere*).

Im kurz zuvor eröffneten Hotel Diplomat – symbolischerweise auf der Europastraße – fand in den Anfängen der Transformation in Prag die Jahreskonferenz der UNIAPAC, der internationalen Assoziation christlicher Unternehmer und Manager, statt. Ihr Präsident war der Katholik Michel Albert, Leiter der größten französischen Versicherungsanstalt Assurance Nationale und Autor des Buches „Capitalism contre capitalisme“. Laut Albert begann nach dem Fall des Kommunismus ein Wettkampf zwischen verschiedenen kulturell und historisch bedingten Modellen, bzw. Varianten des Kapitalismus – ein Wettkampf also um die richtigen Attribute (nicht ein Kampf zwischen Kapitalismus „mit Attribut“ und „ohne Attribut“). Als Franzose, der der auf „friedliebenden Mustern“ gründenden europäischen Integration und dem Gedanken der Versöhnung zugetan ist, verband er das französische Modell mit dem deutschen zu einem „Rheinischen Modell“. Aufgrund meiner Sprachkenntnis interessierte ich mich für die französische Richtplanung, doch auch trotz sprachlicher Einschränkung gereichten die tschechischen Übersetzungen der Literatur über die deutsche soziale Marktwirtschaft zur Überzeugung,

dass das „Rheinische Modell“ theoretisch und konzeptionell von der deutschen Seite des Rheins her besser untermauert ist. Bis auf eine Ausnahme: und dies ist die familienfreundliche Politik. Hier ist das französische Modell unbestritten erfolgreicher.

Es muss erwähnt werden, dass auf Seiten der tschechischen politischen „Rechten“ neben dem dominanten „Modell ohne Attribute“ auch eine Variante mit dem Attribut „sozial“ erschienen ist – bei der KDU–ČSL (Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei), die sich in ihren programmatischen Dokumenten stets zur sozialen Marktwirtschaft bekannte. Was die reale Politik anbelangt, so wurde sie als kleinere Koalitionspartei meist „überraunt“, zog sich aus pragmatischen Gründen zurück oder ließ sich von aggressiven dominierenden Vertretern einer Ausradierung des sozialen Attributs abschrecken. Der dritte Koalitionspartner der 90er Jahre letztlich – „verantwortlich für Legislative und Privatisierung“ – bekannte sich ideologisch zum „demokratischen Kapitalismus“ des amerikanischen Katholiken und Neokonservativen Michael Novak. Ein kaum regulierter liberaler Kapitalismus mit dünnem sozialem Netz, wie amerikanische Lehrbücher komparativer ökonomischer Systeme dieser Zeit das Modell „made in U. S.“ charakterisierten, konnte für die tschechische Transformation keine gute Richtschnur sein, so wie es auch die „Kochbücher“ für eine schnelle Privatisierung und Deregulierung aus der Werkstatt von IMF und Weltbank (sog. 2. Washington Consensus) nicht waren. Es fehlte hier – und fehlt immer noch – eine „Politik der Ordnung“: die Tschechische Republik hat alle Institutionen eines Rechtsstaates und eine parlamentarische Demokratie, doch um ein wirklicher Rechtsstaat und eine funktionierende Demokratie zu sein, fehlt ihr noch viel. Als Folge der Ideologie „Kapitalismus ohne Attribute“ mündete der sog. „Tschechische Weg“ der Transformation in einen Kapitalismus mit unschmeichelhaften Attributen: „Marxismus verkehrt herum“ (T. Halík), „marxistische Vulgarisierung Friedrich Hayeks“, sogar „Gangster–Kapitalismus“ (J. Sokol). Seiner Zeit mochte dies übertrieben klingen, doch einer der Köpfe der untergehenden Partei, die sowohl bei der Privatisierung als auch bei der Verantwortung für die Einrichtung eines rechtlichen Rahmens der Ökonomie versagte, zögerte nicht, dieses Attribut für die eigene Partei zu verwenden. Und im heutigen Medienjargon in unserem Land gehören das Attribut „mafiaähnlich“ und das Substantiv „Pate“ zu den am häufigsten gebrauchten. Meine eigene Kritik gegen Ende der 90er Jahre, wenn sie auch weniger emotionsgeladene Attribute verwandte („unverständener und missbrauchter Liberalismus“) fand bis auf Ausnahmen keinen genügenden

gesellschaftlichen Widerhall, auch nicht auf europäischen Foren (*siehe Mlčoch, 1998*).

Eine Ausnahme bildete das „Blatt zu sozialen Fragen in der Tschechischen Republik“. Dies drückte in Artikel 17 deutlich aus, dass sich die Kirchen hinter ein auf einer rechtlichen und moralischen Ordnung gründendes sozialwirtschaftliches System stellen, und im selben Artikel wird auch konstatiert, dass von den bislang historisch vorkommenden Modellen die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft – in Verbindung mit der Tradition des Ordoliberalismus – der christlichen Soziallehre am nächsten steht (Pokoj a dobro, ČBK, 17. November 2000, S. 26). Die relativ freundlichste Aufnahme erhielt das Blatt am Ende von der damaligen Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, genauer gesagt durch den von Vladimír Špidla repräsentierten Flügel. Diese Affinität von christlicher und sozialdemokratischer politischer Strömung ist gerade für das benachbarte Deutschland typisch. In unserer Sozialdemokratie gibt es – bereits von der Tradition eines Teils der Reform-Kommunisten her – einen sehr starken ideologischen Flügel, der in Schweden, am „Skandinavischen Modell“ Gefallen findet. Damit dieses Modell für uns zum Vorbild werden kann, fehlt uns in der Tschechischen Republik jedoch viel. Was das gegenseitige Vertrauen zwischen den Bürgern und das Vertrauen gegenüber der Institution Staat angeht, sowie bei der Wahrnehmung einer korrupten Geschäftsumgebung, befinden wir uns auf der gegenüberliegenden Seite des Spektrums. Und auch was eine vom Staat erzwungene Solidarität betrifft, gilt: während für Schweden die Bereitschaft zu einer hohen progressiven Versteuerung der Einkommen typisch ist, sind wir Tschechen eines der Kuriositäten eines post-bolschewistischen Steuersystems, basierend nicht auf dem Prinzip „gleichen Opfers“ – also auf der Bereitschaft der reicheren Bürger für öffentliche Ausgaben nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr auszugeben – sondern auf dem Prinzip „gleicher Versteuerung“ (und dies noch unter ganz ungleichen Bedingungen für Steuerdelikte für die Arbeitnehmer – und die Arbeitgeberklasse). Hier versagt auch unsere gegenwärtige Koalition, in der wir sowohl eine stärkere sozialdemokratische, als auch eine schwächere christlich-demokratische Strömung finden. Am „progressiven Steuersatz“ – bereits im alten Österreich bekannt und heute in allen entwickelten Ländern des kapitalistischen Westens selbstverständlich – hält bei uns nur die KSČM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), mit der wir anderen nicht reden, prinzipiell fest.

Und noch ein weiteres Beispiel für wesentliche Unterschiede zwischen tschechischer und schwedischer Unternehmenskultur und politischer Kultur fällt mir

ein: noch vor Aufkommen der Finanzkrise nahm Schweden in der Produktivität des Banksektors einen hohen Rang ein – gleich hinter den USA. Was jedoch den Anteil des Finanzsektors an der Schaffung des Bruttoinlandsprodukts betrifft, so stand Schweden im Gegenteil am unteren Ende der Skala, die damals ebenfalls von den USA (sowie der Schweiz, Großbritannien u. a.) anführt wurde. Eine Erklärung dieses Rätsels erhielt ich auf einem Seminar in Brüssel von einem Bankexperten: in Schweden herrscht eine andere Kultur des Geschäfts – und Bankwesens. Die dortigen Banken sind – so heißt es – bereit, einen größeren Teil ihres Überschusses an ihre Klienten auszuteilen! Kein Wunder, dass die Klienten solch großes Vertrauen in sie haben! In unseren Breiten decken die Sparkonten bei den Banken nicht einmal die Inflation und die Dividenden der Bankeigentümer sind von der Steuer befreit – dank eines Finanzministers, der bis vor kurzem an der Spitze der Christdemokraten stand. JUDr. František Nosek, Abgeordneter und Minister aus der Zeit der ersten Republik, Kandidat für die Seligsprechung aus einer Franziskanerfamilie, schrieb bereits als Student in österreichischer Zeit in der Zeitschrift „Sociální hlídka“ (Soziale Wache) über die Bedeutung des progressiven Steuersatzes, und nach Beendigung der Juristischen Fakultät der Karlsuniversität ging er auf Wanderschaft nach Deutschland, um sich auf dem Gebiet „Kapitalsteuer“ zu spezialisieren. Christdemokraten in der Politik könnten und sollten sich an JUDr. František Nosek erinnern.

Doch auch für die sozialdemokratische Strömung, die sich zur sozialen Marktwirtschaft des skandinavischen Typs bekennt, ergeben sich für die Zukunft anspruchsvolle Herausforderungen – und nicht nur für sie. Der Empfehlung, einen „Weg nach Norden“ einzuschlagen, schließen sich in den Fragen der Reformierung des Sozialstaates auch die von der Wirtschaftskommission der EU beauftragten Experten R. Liddle und F. Lerais im Dokument „Europe's Social Reality“ (Brüssel, 2006) an. Unser bedeutender sozialdemokratischer Befürworter des „Schwedischen Modells“, Miloš Pick verteidigte bis zu seinem Tode die Superiorität dieses „kundig sozialen“ Modells. Liddle und Lerais sprechen sich für den „Weg nach Norden“ vor allem wegen der scheinbar besten Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit der Frau und Mutterrolle aus. Die Geburtenrate in Schweden ist „komfortabel niedrig“, was in Brüssels Neusprech bedeutet, dass sie zwar unter dem Niveau bloßer Reproduktion liegt, doch (bislang) ohne katastrophale demographische Folgen – sofern wir die Entwicklung der Kennziffern für Heirat, Scheidungsrate und den Anteil außerehelich geborener Kinder nicht als Katastrophe ansehen. Das skandinavische Modell ist jedoch in

seiner Entwicklung auch von der Perspektive der zwei Attribute „gelehrt“ und „sozial“ und von der Dynamik des Arbeitsmarkts und der Geburtenrate her widersprüchlich. Die empirisch nachweisbare negative Korrelation zwischen höherer Bildung von Müttern und der Zahl der geborenen Kinder verheißt für die Zukunft der gelehrten Wirtschaft nichts Gutes. Zudem geht es um den Teil des heutigen Europas, in dem soziale Hindernisse für die Erlangung von Bildung bereits unerheblich sind. Und sofern bei der normalen Verteilung von Gaben und Talenten wenigsten zum Teil das Prinzip der Erblichkeit gilt, so arbeitet die „gelehrte Gesellschaft“ auf eine Verringerung der Qualität der künftigen Population hin.

Ein schwacher Trost ist es, dass Skandinavien bei der kulturell bedingten Degeneration „menschlichen Kapitals“ nicht allein steht. Dieser Ausdruck mag zu stark erscheinen. Doch die Sozialmedizin weist bereits seit geraumer Zeit auf eine Verringerung der Fruchtbarkeit bei Frauen und Männern hin, auf ein steigendes Alter der Erstgebärenden – bereits über die Grenze des biologischen Optimums hinaus – ja sogar auf einige sich verschlechternde gesundheitliche Charakteristiken geborener Kinder, und zwar als Folge der zuvor genannten Erscheinungen. Eine negative Korrelation zwischen höherer Bildung und Geburtenziffer gilt auch für das „Angelsächsische Modell“, also für die liberale Familienpolitik Großbritanniens. Und was das „Rheinische Modell“ anbelangt, so gilt hier das Gleiche. Die Familienpolitik Deutschlands ist großzügig und langfristig erfolglos. Die Professoren Kaufmann und Spieker bezeichnen die Familie bereits seit Jahrzehnten als Achillesferse des deutschen Modells eines sozialen Marktes. Und eine Verbesserung ist bislang nicht in Sicht. Das französische Modell ist – zumindest relativ – ebenso großzügig, doch erfolgreicher. Frankreich erreicht heute ein „demographisches Optimum“, das in 2,1 Kinder pro Frau besteht. Bei Interesse an einem detaillierteren Vergleich von Familienmodellen verweise ich auf meine Monographie zur Ökonomie der Familie (*siehe Mlčoch, L., 2014*).

2. Die Trennung von Kapital und Arbeit im globalen Zeitalter: eine Ehekrise

Norbert Blüm, seiner Zeit Minister für Arbeit und Soziales in der Regierung Helmut Kohls, brachte vor einiger Zeit ein bemerkenswertes Gleichnis mit zum Seminar der Bewegung „Christ und Arbeit“ nach Velehrad, das uns als Verbindungsglied von den Überlegungen zur Familienkrise in der sozialen Marktwirt-

schaft zum Nachdenken darüber führt, welche Folgen für das „Rheinische Modell“ nicht nur das Älterwerden der Population hat, sondern auch eine Erscheinung, die mit ihren Anfängen in den selben Zeitraum datiert wird: die Globalisierung der Weltwirtschaft. Die „deutsche soziale Marktwirtschaft“ wurde nach dem Krieg für die Wirtschaft in ihrem nationalen Rahmen konzipiert, für einen Staat. Als „Rheinisches Modell“ konnte es zur Grundlage für das gesamte kontinentale Europa werden. Norbert Blüm sagt: der Erfolg dieses Modells beruhte auf der „Vermählung von Arbeit und Kapital“. Und tatsächlich: der Titel einer Studie von Prof. Anton Rauscher, „Privates Eigentum im Dienste des arbeitenden Menschen“, beispielsweise könnte für dieses Gleichnis von der „Vermählung“ sprechen. Im globalen Zeitalter, so fährt Blüm in seinem Gleichnis fort, kam es zur Trennung von Arbeit und Kapital, genauer: das Kapital trennte sich von der Arbeit, ist „eigenständig“, was hinsichtlich seiner Möglichkeiten, sich im planetaren Maßstab zu bewegen, ohne Präzedenz ist. Und im Gleichnis ließe sich fortfahren: das getrennte Kapital weigert sich zudem oft „Unterhalt“ zu zahlen und flüchtet vor der Verpflichtung einen Beitrag zum Gemeinwohl des Ursprungslandes zu leisten ins „Steuerparadies“.

Unter den heute bereits zahllosen Publikationen zum Thema Globalisierung greife ich hier im Kontext des Sozialen nur zwei Quellen heraus: der Sammelband Sabourin et al. „The Social Dimensions of Globalisation“ ist Ergebnis eines Workshops über Globalisierung an der Jahrtausendwende, der auf dem Boden der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften (Vatikan Stadt, 2000) stattfand, und auf dem 5. Europäischen sozialen Wochen im belgischen Ostende präsentierte Jos van Gennip seine Studie „Capitalism and Inequality“. Beide Quellen verweisen auf die Tatsache, dass die globale Dimension der präzedenzlosen Mobilität des Kapitals zu einem riesigen Wachstum von Erträgen (returns to scale), einer Konzentration und Zentralisierung von Eigentum und Reichtum und zu einem ernsten Auseinandergehen der Schere bei der Verteilung von Einnahmen und Reichtum zwischen einer sehr engen Schicht von „Siegern“ und einer sehr breiten Basis von „Verlierern“ führte, was den Verlust sozialen Zusammenhalts auch in den reichen Ländern des Westens nach sich zieht.

Andererseits trug das in Entwicklungsländern investierte Kapital dazu bei, dass sich Hunderte Millionen Arbeitende aus dem tiefsten Elend (gemessen beispielsweise am Einkommen eines amerikanischen Dollars pro Person und Tag) erheben konnten. Es geht hier besonders um die Länder Südostasiens und

unter ihnen vor allem um China (nach Schätzung der Weltbank verbesserte sich gerade dort die Situation für mehr als 70 % der Ärmsten der Welt). Dieses Positivum wird außer mit dem undemokratischen Charakter des Regimes in einer Reihe dieser Länder auch damit bezahlt, dass das dort investierte Kapital oft keine Arbeits-, Sozial-, und Hygiene-Standards, Sicherheitsstandards und Arbeitsschutz – und Umweltschutzlimits einhält, wie sie in Europa bereits lange Selbstverständlichkeit geworden sind. Diese Selbstverständlichkeit ist in den letzten Jahren freilich auch in Europa oft schweren Prüfungen ausgesetzt worden und, was die Zukunft angeht, hängt auch über ihr ein Fragezeichen. Die Europäische Union bemüht sich um Verbesserungen indem sie versucht, Druck auf die Investoren in den Kapitalursprungsländern dahingehend auszuüben, dass sie in den Ländern, in die das Kapital fließt, in stärkerem Maße europäische Arbeits-, Sozial-, Hygiene – und Sicherheitsstandards respektieren. Haben diese Bestrebungen um ein menschlicheres Gesicht des Kapitalismus eine Chance?

3. Vision einer erneuerten Vermählung von Arbeit und Kapital im globalen Maßstab

Auf diese Frage finden wir – wie üblich – zwei Antworten. Die Vertreter eines „reinen und harten“ Liberalismus („pur et dur“ wie die Franzosen sagen) werden damit argumentieren, dass dies überhaupt nicht geht: die Entwicklungsländer können nur reich werden, indem sie das Kapital gerade durch ihre billige Arbeitskraft und die Bereitschaft, harte Bedingungen zu akzeptieren – wie sie übrigens auch in Europa beim Aufkommen des Kapitalismus üblich waren – anlocken. Ihnen pflichten paradoxerweise – wenn auch nicht so überraschend – sich von neuem etablierende Vertreter eines Neo-Marxismus und Post-Marxismus bei. So können wir auch bei uns in der Edition des „Sozialistischen Kreises“, z.B. in einem Sammelband, dessen Editor und führende Persönlichkeit Michael Hauser ist, auf Argumentationen treffen, die unserer Generation bereits seit der Jugend bekannt sind. Es geht um die Kritik des Reformismus und seiner Illusion, dass es möglich ist, den Kapitalismus überhaupt zu vermenschlichen. Der Sozialstaat ist nach der Argumentation dieser jungen Marxisten nur ein historisch zeitweiliges und übergangsweises Zugeständnis des Kapitals, das nach dem 2. Weltkrieg nur unter Druck der Existenz der Sowjetunion und ihres Sozialismus gemacht wurde. (Der „reale Sozialismus“, wie wir ihn kannten, wird freilich von diesen jungen Leuten auch hart kritisiert – der

Zusatz „Räude“ ist aussagekräftig. Geschieht dies im Namen eines zukünftigen, neuen und bereits weise gewordenen Sozialismus?) Nur am Rande verweise ich in diesem Zusammenhang auf eine Besonderheit, die eine weitere Untersuchung verdienen würde, und zwar auf die Tatsache, dass Prof. Hobsbawm, englischer Denker marxistischer Orientierung der älteren Generation, im Gegenteil die soziale Dimension des Staates als die einzige ansah, die dem Staat in Zukunft bleiben wird (nachdem der Staat alle anderen Attribute seiner einstigen Souveränität – nach schrittweiser Übertragung an übernationale und globale regierende Institutionen – verloren haben wird).

Die zweite Antwort halte ich für die einzig annehmbare, denn die erste würde für die Zukunft nichts Gutes verheißen – wenn nicht eine neue Revolution, so doch eine Situation wachsender Anarchie und dies bereits im globalen Maßstab (der heutige internationale Terrorismus ist freilich bereits ein Schritt auf dem Weg zu einem katastrophalen Szenarium). Eine positive Antwort auf die Frage nach den Chancen einer Humanisierung des Kapitalismus geben in Europa politische Parteien mit der ältesten historischen Tradition: die Christ – und die Sozialdemokraten. Im christlichen Flügel ist es in letzter Zeit möglich, sich an eine mit einem mehr als symbolischen Namen verbundene Vision anzulehnen: Reinhard Kardinal Marx (R. Marx 2013, deutsches Original 2008) hat das Buch „Das Kapital“ herausgegeben, das eine Polemik mit seinem rühmlich und unrühmlich bekannteren Namensvetter ist. In der Tradition der katholischen Soziallehre ist dieses Buch freilich auch harte Kritik der Exzesse des harten und (un)reinen Kapitalismus rücksichtsloser und unverantwortlicher spekulativer Investoren, deren Raffgier keine Rücksicht auf die Folgen ihres Handelns nimmt. Reinhard Marx bietet nicht weniger als eine Verallgemeinerung der einstigen christlich orientierten Vision einer sozialen Marktwirtschaft nationalen Maßstabs ins Globale. Die Prinzipien „sozialer Ausgleich“, Mitbeteiligung der Angestellten an Eigentum und Entscheidungsfindung in den Unternehmen, Mitverantwortung, Solidarität und Subsidiarität stellen gerade in ihrer globalen Dimension eine neue Herausforderung für jene Generation dar, die nun antritt und die Bedrohung durch den Verlust des Vertrauens in die Zukunft zu spüren beginnt. In diesem Sinne verweist auch Jos van Gennip bei den unlängst zurückliegenden Europäischen sozialen Wochen, die in Ostende stattfanden, auf das Buch von R. Marx. Und dieselbe Ambition – hoch aber völlig berechtigt – hat das Programmpapier über die soziale Marktwirtschaft, das die Konrad–Adenauer–Stiftung unlängst herausgegeben hat. In der ganzen Ratlosigkeit, wie der Krise der euro–amerikanischen Zivilisation zu entkommen sei – die auch auf

Treffen anderer Eliten der Finanz – und Geschäftswelt und der Industrie in Davos in den letzten Jahren deutlich wurde – schlägt der deutsche gedankliche Hintergrund der einheimischen und ausländischen Politik einen Weg zu den Wurzeln (ad fontes) ein und dank dieser Verankerung kann sie sich auf die Rolle eines Anführers – in Europa und in der Welt – bewerben.

Die Annahme dieser Vision hängt jedoch von einer Einschränkung und einer vorausgehenden Bedingung „sine qua non“ ab. Diese Einschränkung ist der andauernde Schmerz der „Achillesferse“ Familie und die faktische Motivation zur Kinderlosigkeit des deutschen Modells. Wenn Europa der Welt ihr Konzept der sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert anbieten will, so muss es mindestens die Erfahrung einer familienfreundlichen Politik auf der „französischen Seite des Rheins“ eingliedern. Das einstige Versprechen Erhards eines „wirtschaftlichen Wohlstands für alle“ darf nicht länger diejenigen ausschließen, denen nicht erlaubt wird, geboren zu werden. Eine solidarische Wirtschaft darf die Wehrlosesten nicht außer acht lassen. Die Zukunft der euro – atlantischen Zivilisation wird ganz gewiss nicht in der Vision alternder Pensionäre bestehen, die ihre nicht angenommenen Kinder durch Gewinne aus entwurzelter Arbeit (auch Kinderarbeit) in anderen Kontinenten ersetzen wollen.

Die vorausgehende Bedingung dafür, dass diese Vision der globalen sozialen Marktwirtschaft nicht nur reine Utopie bleibt, ist eine „Erneuerung der Vereinigung von Arbeit und Kapital“. Der Klassenfrieden kann und darf nicht nur frommer Wunsch bleiben. An der Basis der Nachkriegsordnung Europas bei der Entstehung der Europäischen Union stand das „friedliebende Modell“, die Idee der Versöhnung, Versöhnung zwischen den Nationen – vor allem zwischen Deutschen und Franzosen – dessen symbolischer Ausdruck das „Rheinische Modell“ ist, und die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. An einer Ehekrise, an einer Scheidung haben beide ihren Anteil. So ist es auch bei der Trennung von Arbeit und Kapital. Sofern die Gewerkschaften irgendwo ihre Rechte – einschließlich des Streikrechts – als eine Art „verfassungsmäßige Beauftragung zur Revolution“ auffassen (M. Spieker) und sofern wiederum die andere Seite in den Gewerkschaften nur Verbrecher sieht, die es zu verbieten gilt, ist eine Versöhnung ausgeschlossen. Sofern die einen ihre Lohnforderungen solange in die Höhe treiben, bis sie ihr Unternehmen in den Bankrott getrieben haben, und sofern die anderen ihre Gewinne „abführen“, damit sie keine Steuern zahlen müssen – selbst nicht aus den unmoralischen Einnahmen, die sie durch Plünderung öffentlicher Haushalte erhalten haben – ist eine Versöhnung freilich unmöglich.

Die Stiftung Memento Lidice wurde auf einem Gedanken und auf einer intuitiven Behauptung gegründet. Dieser eine und wichtigste Gedanke war die Versöhnung von Tschechen und Deutschen, zwischen verschiedenen politischen Orientierungen und letztlich zwischen den Kirchen als erste Voraussetzung dieser zwei erstgenannten Versöhnungen. Diese intuitive Behauptung ist das Gefühl, dass in Lidice aufgrund des außerordentlichen Schicksals dieses Ortes diese drei Dimensionen der Versöhnung und die Voraussetzungen zur „Umkehr“ der beteiligten (wenn Sie so wollen „langdauernd geschiedene“) Konfliktparteien eher als irgendwo sonst in der Tschechischen Republik vorhanden sind. Diese gedankliche Versöhnung und dieses intuitive Gefühl macht in der Folge dieses Seminar besonders geeignet für Gespräche über die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft.

Verweise und Quellen

- Albert Michel: Capitalisme contre capitalisme*, 1991 (Übersetzung: Capitalism against Capitalism, London, Whurr Pu. Ltd, 1993)
- Blüm, N.: Gerechtigkeit. Eine Kritik des Homo oeconomicus*. Herder, Freiburg 2006 (tschechische Übersetzung Pavel Nohel: Spravedlnost. Kritika homo oeconomicus).
- Europe's Social Reality. A Consultation Paper from the Bureau of European Policy Advisers*. EC, Brüssel 2006
- Franke, S. F.–Gregosz, D.: Sociálně tržní hospodářství – co to znamená? (Soziale Marktwirtschaft – was bedeutet das?)*, Konrad–Adenauer–Stiftung, Prag 2013
- Gennip, J. van.: Capitalism and Inequality. The failure of the free market as a challenge for the Rhineland model*. Socires, Oostende, 5.th European Social Weeks, January 23–25, 2014
- Hasse, R.–Schneider, H.–Weigelt, K.: Lexikon sociálně–tržního hospodářství (Lexikon der sozialen Marktwirtschaft)*. Konrad–Adenauer–Stiftung, Prag 2008. (Übersetzung der 2. deutschen Ausgabe)
- Hauser, M.: Kapitalismus a sociální stát (Kapitalismus und Sozialstaat)*. Socialistický kruh, Prag 2007
- Hobsbawm, E.: The Future of the State*. Oxford, Institute of Social Studies, Development and Change, 27, 1996, S.267–278
- Höffner, J.: Economic Systems and Economic Ethics*. Ordo socialis, No.1/1987
- Malý, R.: Realizované řešení eurovize, makroekonomický vývoj v EU a demontáž evropského sociálního státu (Realisierte Lösung der Eurovision, die makroökonomische Entwicklung in der EU und die Demontage des europäischen Sozialstaates)*. Scientia et Societas, 4/2013
- Martinek, C.: Cesta k solidaritě. Nástin sociálního učení církve (Der Weg zur Solidarität. Entwurf einer Soziallehre der Kirche)*. Trinitas, 1998

- Marx, R.: Kapitál. Plaidoyer pro člověka (Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen).* Academia, Prag 2013
- Mlčoch, L.: Czech Privatization: A Criticism of Misunderstood Liberalism (Keynote Address at the 10th Annual Conference of European Business Ethics Network)* Journal of Business Ethics, 17, 1998, S.951–959
- Mlčoch, L.: La tentazione di „raggiungere“ un'economia felice (originally „Solidarity-Based Development“).* NUNTIUM no. 31/32, XI, 1–2/2007, S. 147–151.
- Mlčoch, L.: Social well – being needs a glimpse of the transcendent dimension: Back from „prosperity's gospel to the gospel. In: Solidarity, the Challenge for Europe. Acta of the 1st Catholic Social Days for Europe, Danzig, 8.–11. Oktober 2009*
- Mlčoch, L.: Ekonomie rodiny v proměnách času, institucí a hodnot (Ökonomie der Familie im Wandel von Zeit, Institutionen und Werten),* Karolinum, Prag 2014
- Pokoj a dobro. List k sociálním otázkám v České republice (Blatt zu den sozialen Fragen in der tschechischen Republik).* ČBK, Prag 17. 11. 2000
- Rauscher, A.: Soukromé vlastnictví ve službách pracujícího člověka (Privateigentum im Dienste des arbeitenden Menschen).* Ordo socialis 28/, ČKA, Prag 1995
- Sabourin, L. et all: The Social Dimensions of Globalisation,* PASS, Miscellanea 2, Vatican City 2000
- Spieker, M.: Katolická sociální nauka a sociální tržní hospodářství (Katholische Soziallehre und soziale Marktwirtschaft),* ČKA, Prag 1996
- Spieker, M.: Sociální stát a jeho krize (Der Sozialstaat und seine Krise),* ČKA, Prag 1996